

Berliner Abendblatt vom 31.8.2005

5 Fragen an Hellmut Königshaus

Treptow-Köpenick. Hellmut Königshaus (55) ist FDP-Bundestagsmitglied und bewirbt sich bei der Wahl im September um das Direktmandat im Bezirk. Der gebürtige Adlershofer hat die ersten sieben Lebensjahre in Berlin verbracht, lebte dann an verschiedenen Orten in Hessen, Hamburg und Baden-Württemberg und kehrte zum zweiten Teil seines Studiums der Rechtswissenschaften nach Berlin zurück. Er ist verheiratet und hat zwei Kinder.

Seit 1980 hat Königshaus als Richter und Justizsprecher und in der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umweltschutz gearbeitet. 1993 wechselte er als Generalbevollmächtigter der ALBA AG in die Privatwirtschaft. Seit 2004 sitzt er im Deutschen Bundestag.

Königshaus war zuerst SPD-Mitglied, da seine Verwandtschaft und sein soziales Umfeld in den 60er Jahren in Hessen links geprägt waren. Er fand die Berliner SPD jedoch extrem frustrierend und ideologisierend und wechselte deshalb 1985 zur FDP. Bundesweit bekannt wurde er durch seine Arbeit als Obmann im Visa-Untersuchungsausschuss.

Herr Königshaus, Sie selbst leben in Steglitz. Was hat Sie dazu bewogen, in Treptow-Köpenick anzutreten?

Ausschlaggebend sind da die persönlichen Kontakte. Ich habe meine ersten Jahre in Adlershof verbracht und das hat mich sehr geprägt. Es ist schon wichtig, woher man stammt. Ich fühle mich dort zu Hause. Und es hat mich sehr gefreut, als man mich fragte, ob ich den Bezirk übernehmen möchte.

Welche besonderen Probleme sehen Sie in dem Bezirk?

Eigentlich ist unser Bezirk sehr bürgerlich und nicht anders als zum Beispiel Reinickendorf oder Spandau. Nur weil er im Osten liegt, ist er ja noch nicht problemträchtiger. Weshalb wir auch mit den gleichen Problemen zu kämpfen haben, als da wären Arbeitslosigkeit, Perspektivlosigkeit der Jugend und zuviel Bürokratie auf allen Ebenen.

Und wie wollen Sie diese Probleme angehen?

Zum einen muss das Steuerrecht vereinfacht werden, so dass es für jeden Bürger ganz einfach nachzuvollziehen ist und er nicht reihenweise Literatur braucht, um die Steuererklärung ausfüllen zu können. Dadurch wird auch das Vertrauen in die Notwendigkeit und den Sinn der Steuererhebung wiederhergestellt. Außerdem sollten Regeln, Verordnungen und Gesetze nicht dazu benutzt werden, um zum Beispiel den Gewerbetreibenden in seiner Arbeit zu behindern. Anstatt immer zu fragen, was darf und kann man nicht und was gibt es nicht, sollte man lieber nach positiven Ansätzen suchen. Weniger Bürokratie bedeutet auch, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland wieder attraktiver wird. Dass Technologien, die hier entdeckt und erfunden werden, nicht nur im Ausland weiterentwickelt werden, denn die Weiterentwicklung bringt das Geld und auch die Arbeitsplätze.

Sie sind Sprecher der FDP-Bundesfraktion für Bildung und Obmann im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung. Wie sind da Ihre Vorstellungen für Treptow-Köpenick?

Forschung und Wissenschaft sind in der Tat Schwerpunkte meiner politischen Arbeit. Deshalb finde ich es so wichtig, dass gerade in unserem Bezirk, der den Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Berlin Adlershof (WISTA) beherbergt, Forschungsergebnisse zu praktischem Absatz führen. Was natürlich auch eine gute Infrastruktur beinhaltet, also zum Beispiel die bessere Einbindung in den internationalen Flugverkehr.

Aber auch in Treptow-Köpenick ist zumindest unter Jugendlichen eine gewisse Perspektivlosigkeit und Resignation offensichtlich. Gibt es da Lösungsansätze?

Ein wichtiger Ansatz ist da die Vereinheitlichung unseres Schulsystems. Das betrifft natürlich nicht nur unseren Bezirk, sondern gilt für ganz Berlin und Deutschland im allgemeinen. Die FDP setzt sich für zwölf Schuljahre, dafür aber für ein Vorschuljahr ein, um die Kinder früher an Bildung heranzuführen und sie auf die Schule vorzubereiten. Außerdem wollen wir, dass einheitliche Richtlinien in allen Bundesländern geschaffen werden hinsichtlich Dauer und Inhalt des Unterrichts der einzelnen Fächer. Denn wenn man in Bildung investiert, bringt das Wettbewerbsvorteile, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bedeutet auf lange Sicht eine Ersparnis im sozialen Bereich, allein dadurch, dass Menschen gar nicht erst in Hoffnungs- und Trostlosigkeit verfallen und sie nicht der Straße überlassen werden.

Das Gespräch führte
Anette Stührmann